

Archiv

Verbandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

1-2 OKT



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24634 - 33  
Fernschreiber 0686890

P/XIV/231 - 12. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Bremen Zum Ausgang der Bremer Bürgerschaftswahlen	45
2 - 3	Österreichs aussenpolitisches Konzept Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	66
4 - 5	Schröder lernt nie Bemerkungen zu seiner letzten Notstandsrede	75
6 - 7	BHE am Scheidewege Von Franz Barsig	69

\* \* \*  
\* \*

Bremen

sp-Der Ausgang der Bremer Wahlen widerlegt das alte Märchen, die deutsche Sozialdemokratie werde stets in dem Turm der 33 Prozent verbannt sein. Die Antwort auf diese falsche Prognose haben am letzten Sonntag die Wähler der Hansestadt Bremen gegeben. Sie bestimmten mit einer noch nie erreichten Mehrheit an Stimmen und Mandaten wieder Sozialdemokraten zur Führung der Geschicke dieses Stadtstaates. Sie würdigten damit die grossartige Aufbauarbeit unter Senatspräsident Wilhelm Kaisen. Seit den ersten Wahlen nach dem Zusammenbruch von 1945 geht die Tendenz bei den Bremer Sozialdemokraten ständig nach oben, es gab keine Rückschläge, Wähler aus allen Schichten der Bevölkerung entschieden sich für eine Partei, von der der Bundeskanzler erst kürzlich wieder in München vor dem Wirtschaftsrat der CSU sagte, bei einem Wahlsiege dieser Partei würde alles zerschmettert werden, was die Bundesrepublik seit dem Zusammenbruch an Wohlstand erreicht hat ...

Für die Bremer CDU war diese Rede ein Bären dienst. Sie verlor im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1957 mehr als die Hälfte der damals für sie abgegebenen Stimmen. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen hat sie einen Verlust von 9 000 Stimmen und zwei Mandaten aufzuweisen, eine einmalige Erscheinung. Der CDU war es bisher immer gelungen, bei Wahlen zu den Landtagen mit Gewinn an Stimmen und Mandaten zu verbuchen, was ihr bei den Bundestagswahlen zugefallen war. Diesmal hat sie die prozentual grössten Verluste erlitten, obwohl die CDU, in Bremen in bewährter Koalition mit der SPD verbunden, den Anspruch erheben konnte, auch sie habe ihren Teil zum Wiederaufstieg Bremens aus Schutt und Trümmern zu einer blühenden Handelsstadt beigetragen. In dieser Wahlniederlage findet wohl der Unmut vieler früherer CDU-Wähler über das Verhalten der CDU bei der Wahl zum Nachfolger Theodor Heuss seinen unverkennbaren Niederschlag; der Missbrauch höchster Staatsämter für parteipolitische Manipulationen musste viele demokratisch gesinnte Bürger, denen es um die Festigung unserer bundesrepublikanischen Demokratie geht, alarmieren.

Die Sozialdemokratie von heute hat den Ring einer Klassenpartei schon lange gesprengt, in ihr sind geistig bewegliche Kräfte aller Schichten unseres Volkes vereinigt. Mit 54 Prozent aller abgegebenen Stimmen, die auf sie bei dieser denkwürdigen Wahl entfielen, hat sie vor aller Welt ihre Wandlung von der Klassen- zur grossen Volkspartei bewiesen. Ihre Stärke beruht auf ihrer Leistung. In der neuen Bürgerschaft mit ihren 100 Abgeordneten, von denen 61 Sozialdemokraten sind, sitzen Männer und Frauen, die vom Geiste und von den Idealen des freiheitlich-demokratischen Sozialismus inspiriert, tagtäglich unter Beweis stellten und stellen, dass sie ein Gemeinwesen wohl zu führen verstehen. Sie haben mit dem Ausgang dieser Wahl ihren schönsten Lohn erhalten, verbunden mit dem verpflichtenden Auftrag, im bisherigen Geiste verstärkt weiter zu wirken.

## Österreichs außenpolitisches Konzept

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die Reise des österreichischen Staatsoberhauptes Dr. Adolf Schärf in die Sowjetunion hat neuerlich die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit auf das außenpolitische Konzept dieses kleinen und neutralen Landes gelenkt. Über dieses Konzept gibt es zwischen den beiden Regierungsparteien - trotz immer heftiger werdender innerpolitischen Auseinandersetzungen - keine gegensätzlichen Auffassungen. Seit 1945 wird die Außenpolitik Österreichs von Parlament und Regierung auf Grund dieses Einvernehmens zwischen ÖVP und SPÖ geführt. Außenminister der Republik ist seit dem letzten Sommer der junge und aktive Sozialist Dr. Bruno Kreisky, 48.

Die Leitgedanken des außenpolitischen Konzepts Österreichs gehen von realen Tatsachen und Gegebenheiten aus. Die geopolitische Lage des Landes, seine verhältnismäßig geringe weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung und seine bitteren Erfahrungen aus jüngster Geschichte, nicht zuletzt aber auch der Charakter der freundlichen Bevölkerung und der schönen Landschaft führten schon kurz nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zu dem allgemeinen unabdingbaren Wunsch, Brücke zwischen den Völkern sein zu können.

Österreichs Neutralität ist nicht etwa nur ein opportunistisches Lippenbekenntnis, sondern ist tief im Wesen dieses oft schwerkgeprüften Volkes eingewurzelt. Sie ist eine Realität, deren Erscheinungsformen man bei einem Besuch Österreichs auf Schritt und Tritt begegnet. Galt es schon immer als typisch österreichische Mentalität, daß hier "jeder nach seiner Fassung selig" werden sollte und daß man "leben und leben lassen" wolle, so gilt dies in übertragenem Sinne heute insbesondere auch für alle außenpolitischen Beziehungen des Landes.

Das aufrichtige Bemühen, sich jeglicher Machtkonzentration und jeder militärischen oder politischen Blockbildung fernzuhalten, ermöglichten es im Jahre 1955 der sowjetischen Regierung, dem österreichischen Volk durch den Staatsvertrag die Freiheit und Souveränität zu gewähren. Weder der Westen noch der Osten haben dies seither jemals bereut. Der österreichische Staatsvertrag bildete vielmehr den ersten überzeugenden

Ausdruck des guten Willens zur Sicherung einer friedlichen Entwicklung.

Die unbedingte Neutralität und die Abneigung gegen kraftmeieri-  
sche militärische Traditionen und Ambitionen haben dem österreichi-  
schen Volk nach zehnjähriger Viermächte-Besatzung und -Bewormung  
den Weg in die Freiheit geebnet. An dieser erfolgreichen Entwicklung  
haben die beiden Regierungsparteien gleichermaßen Anteil; kein Sozial-  
ist wird der ÖVP daran das Verdienst streitig machen und auch umge-  
kehrt geschieht es nicht. Allerdings darf aber auch nicht übersehen  
werden, daß es die Sozialistische Partei Österreichs war, die bereits  
in ihrem im Oktober 1947 einstimmig beschlossenen ersten Nachkriegs-  
Parteiprogramm als erste und einzige Partei ausdrücklich gefordert hat:  
"Internationale Garantie der Neutralität Österreichs zur Sicherung  
seiner bestehenden Grenzen, seiner Freiheit und Unabhängigkeit." Auch  
im neuen Parteiprogramm vom Mai 1958 heißt es ausdrücklich: "Die SPÖ  
bekennt sich zur Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs."

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der  
Sowjetunion, wie sie anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident  
Dr. Schörf wiederholt zum Ausdruck gekommen sind und auch von der  
sowjetischen Presse unterstrichen wurden, können selbst von übel-  
wollenden Eiferern abendländischer Selbsteinschätzung nicht als Cha-  
racterschwäche aufgefaßt werden, wenn man sich nämlich vor Augen hält,  
wie geschickt und gründlich andererseits das kommunistische Problem  
in Österreich gelöst wurde. Vor allem die österreichischen Sozialisten  
- und Bundespräsident Dr. Schörf war bis zu seiner Wahl durch das Volk  
im Jahre 1957 ihr Parteivorsitzender - haben ihre überzeugte Gegner-  
schaft gegenüber dem Kommunismus durch eindrucksvolle Taten bewiesen.  
Letzten Endes ist dann die KPÖ im Mai sogar aus dem Parlament - ohne  
Klauseln und Manipulationen - hinausgewählt worden. Niemand hat sie  
hier "verbieten" - sie haben sich sozusagen selbst erübrigt. Um so  
aufrichtiger kann nun die österreichische Freundschaft gegenüber Ost  
und West sein. Österreich kommt, wie sein Staatsoberhaupt in Moskau  
sagte, "gerne jedem Land und Volk freundlich entgegen, das die von  
uns gebotene Hand nicht zurückstößt".

Schröder lernt nie

U.D. - Mancher wird aus Schaden klug, Bundesinnenminister Schröder nicht. Mit seiner letzten Rundfunkrede zum Thema "Notstandsrecht" hat er barsch die dürrn Halme abgerupft, die über seiner verunglückten Stuttgarter Rede vom Oktober vergangenen Jahres gewachsen waren. Was die Kollegen Wirmeling und Strauß in puncto öffentliches Reden unterdessen gelernt zu haben scheinen, der Chef des Innenministeriums kriegt es auch im siebenten Jahr noch nicht mit. Gestern verprellt er den Parteifreund Altmaier mit dem Rundfunkgesetz, heute legt er sich wieder mit der Opposition an. Wen eigentlich soll diese Politik nützen?

Unterstellt, dem Innenminister eines Staates mit parlamentarischer Verfassung raube die Sorge um die innere Sicherheit nachts den Schlaf. Aus gegebener Veranlassung hielte er sein juristisches und polizeiliches Handwerkszeug für zu dürftig. Was täte er normalerweise?

Er würde sich mit seinem Parlamentsausschuß aussprechen und dort in intimer Runde seine Sorgen vortragen. Ganz besonderes Gewicht würde er auf die Überzeugung jener legen, deren Stimmen ihn den Weg versperrten, das zu tun, was er um der Sache willen für nötig hielte. Nur so dürfte der Minister auf einen Erfolg hoffen.

Nicht so der Minister Schröder. Er geht auf den offenen Markt, zerschlägt sein eigenes Porzellan und glaubt zu allem Überfluß, die Opposition würde ihm die Scherben einsammeln. Welch eine Verblendung! Klipp und klar sei es gesagt: Wer die Opposition zu vertraulichen Gespräch sucht, findet ihre Vertreter jede Woche im Bundestag, aber nicht im Anschluß an die zweiten Abendnachrichten am Lautsprecher. Der "Gemeinschaftsempfang" ist eine Bekehrungsmethode autoritärer Staaten, aber kein Instrument freimütiger Willensbildung durch Rede und Gegenrede.

Der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung liegt der Opposition nicht minder am Herzen als der Regierung. Aber das in zwei Legislaturperioden bewährte Organ zur Behandlung dieser Themen, der vertrauliche Bundestagsausschuß zum Schutz der Verfassung, ist 1957 auf Betreiben Schröders und seiner Freunde abgeschafft worden. Seitdem ist der mit

anderen Problemen überlastete Innenausschuß zuständig. Aber immer, wenn der Minister dort über die Situation im politischen Orkus befragt wird, bekommen die Ausschußmitglieder Unverbindlichkeiten zu hören. Er entwickelt auch nicht seine Notstandspläne und stellt sie zur Diskussion. Das ist bedauerlich, weil eine solche Aussprache eine Fülle von Unklarheiten und Mißverständnissen ausräumen könnte, denen selbst der Innenminister immer wieder erliegt, obwohl gerade seinem Ressort das Grundgesetz zur besonderen Pflege anvertraut ist. Es würde dann endlich einmal klar werden können, wie sich das Grundgesetz selber zu den Wünschen nach einer Regierungsgesetzgebung und Grundrechtssuspendierung verhält:

"Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig".  
(Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz)

Damit sind dem Gesetzgeber alle Regelungen untersagt, die zur Folge hätten:

1. Auflösung der Länder oder Fortnahme ihrer Gesetzgebungskompetenz.
2. Ausschaltung des Bundesrates.
3. Entlassung der Staatsorgane aus ihrer Bindung an die Grundrechte.
4. Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Rechtsprechung.

Der Kern der Vorstellungen Schröders, ein Notverordnungsrecht der Regierung mit der Möglichkeit, Grundrechte aufzuheben, ist also verfassungswidrig. Der Bundestag könnte ein solches Gesetz überhaupt nicht beschließen, selbst wenn er es einstimmig wollte. Das Grundgesetz ist in diesen Punkten sakrosankt, ein dagegen gerichteter Beschluß hätte die Qualität eines Staatsstreicks.

Der Bundesinnenminister mag diese Vorschrift für unglücklich halten, aber sie steht mit gutem Grund in der Verfassung, die ein gemeinsames Werk von CDU, SPD und FDP ist. Es waren keine weltfremden Trottel, die unter der Präsidentschaft Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat saßen, sondern Männer und Frauen mit einem durch bittere Erfahrung geschärften Blick für die Möglichkeiten der Macht, ihren Gebrauch und ihren Mißbrauch. Ihre Erkenntnisse sind auch nach zehn Jahren noch gültig. Einen Minister, der sie sich nicht zu eigen machen kann, bleibt nichts anderes übrig, als den Kanzler um seinen Abschied zu bitten.

BHE am Scheidewege

Von Franz Barsig

Es war einmal eine Partei, sie hieß "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten", und sie wurde auf Bundesebene 1949 in einem Vorort von Hannover, in Ricklingen, gegründet. Wer an diesem Gründungskongreß teilnahm - und selbst wenn er der Meinung war, daß die Bildung einer Flüchtlingspartei nicht das richtige politische Rezept ist, um den Vertriebenen zu helfen -, konnte sich den Eindrücken des damaligen Tages nicht entziehen. Der Gründungskongreß war, wenn man es so bezeichnen will, ein Aufschrei von Menschen, die sozial benachteiligt waren, die vor zehn Jahren in der Liste der Wohnungssuchenden an letzter Stelle standen, die stürmisch den Lastenausgleich forderten, die es ablehnten, Menschen zweiter Klasse zu sein. Die soziale Frage stand damals im Mittelpunkt.

Wenn man diese Erinnerung hat und jetzt den Schwetzingener Parteitag des Gesamtdeutschen Blocks/BHE erlebt hat, dann kann man eigentlich nur berlinerisch sagen: "Mensch, wie haste Dir verändert!" Gewiß, auch auf diesem Parteitag wurden Pflichtreferate zur Sozial- und Wirtschaftspolitik gehalten, aber sie sind den Delegierten nicht unter die Haut gegangen. Schwetzingen war so in Grunde genommen das Eingeständnis, daß das Experiment einer reinen Vertriebenenpartei gescheitert ist. Soll man darüber klagen? Gewiß nicht, aber ein wenig ist es doch zu bedauern, daß die Partei so völlig vergessen hat, unter welchem Gesetz sie angetreten ist, und daß sie nicht sieht, daß es auf dem Sektor auch heute noch in Hülle und Fülle zu tun gäbe.

Aber wie dem auch sei, die deutsche Öffentlichkeit hat sich heute mit einer Partei zu beschäftigen, wie sie sich selbst repräsentiert. Und dabei sollte man es sich nicht so einfach machen, daß man sie nicht ernst nimmt und nur darauf hinweist, daß sie ja schon 1957 bei den Bundestagswahlen gescheitert ist und nicht gerade gute Chancen bestehen, daß sie es 1961 in einem zweiten Anlauf schafft, wieder in das Bundesparlament einzuziehen. Wenn diese Partei es in Zukunft als ihr Hauptanliegen betrachtet, das Gewissen des deutschen Ostens zu sein, so wird man sie dafür nicht zu tadeln brauchen, denn in ihr sind eben vorwiegend Vertriebene organisiert. Allerdings rennt der GB/BHE weitgehend offene Türen ein, denn es ist der Rechtsstandpunkt aller deutschen

demokratischen Parteien, daß Grenzregelungen in Osten erst durch einen Friedensvertrag erfolgen dürfen. Unerfreulich hingegen ist es, wenn diese Bewahrung des Rechtsstandpunktes beim BHE weitgehend mit unqualifizierten Angriffen verknüpft wird. Das böse Schlagwort von den sogenannten "Verzichtpolitikern" sollte so schnell wie möglich aus der Diskussion verschwinden. Auch deshalb, weil man damit insgesamt den deutschen Rechtsstandpunkt in der Grenzfrage unterminiert und schwächt.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Schwetzingener Parteitag des BHE einen starken ideologischen Zug nach rechts hatte. Er ging allerdings nicht so weit, daß die Partei das Konzept der Radikalen in Bayern insgesamt übernahm, im Gegenteil, bei allen Wahlen haben sich die Kräfte durchgesetzt, die man als die Gemäßigten bezeichnen kann. Auf der anderen Seite kann man nicht die Untertöne und den Beifall überhören, der immer dann aufflammte, wenn nationalistische Tiraden und Plattheiten zum besten gegeben wurden. Die eigene Parteiführung wird gut daran tun, diese Untertöne nicht zu überhören, ja, sie hat sogar die Pflicht, sich ihnen entgegenzustellen, wenn aus dem BHE nicht eine nationalistische Rechtspartei werden soll.

Auf diesem Hintergrund ist die aktuelle politische Aussage dieser Partei nicht mehr von so großem Interesse. Sie lehnt diplomatische Beziehungen mit Ostblockstaaten ab, das ist ihr gutes Recht, aber die politischen Begründungen bleiben deswegen trotzdem falsch. Sie ist gegen einen Nichtangriffspakt; auch hierfür wurden keine politisch überzeugenden Argumente vorgebracht. Damit allein aber wird man in der Außenpolitik nicht auskommen.

Generell aber steht der BHE an einem Scheideweg. Er wird sich klar darüber werden müssen, ob man den Bundestagswahlkampf 1961 nur mit einer Parole bestreitet, die Leidenschaften aufputscht, oder ob man soziologisch im politischen Raum der Bundesrepublik noch einen Sektor ausfüllen will.

Der BHE ist mit der Sozialdemokratie in Koalition in Hessen, in Niedersachsen und in Baden-Württemberg verbunden, und es sind im Grunde genommen Koalitionen, die gut und sachlich zusammenarbeiten. Es wäre darum sehr zu wünschen, wenn diese Partei an dem Scheidewege, an dem sie steht, die richtige Richtung einschlägt.

+ + +